



Niederschrift

58. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.02.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:11 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch	CDU	Leitung der Sitzung
---------------------------------	-----	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Pete Heuer	SPD	ab 18:15 Uhr
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	ab 18:09 Uhr
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	ab 18:05 Uhr

zusätzliches Mitglied

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	ab 20:07 Uhr
-----------------	-----------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	bis 18:28 Uhr
-----------------------------	---------------	---------------

sachkundige Einwohner

Herr Ken Gericke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Willo Göpel	CDU	
Herr Horst Heinzel	BürgerBündnis	
Herr Lars Selwig	SPD	

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
--------------------	----------------------------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Stefan Matz	BI Fahrland	entschuldigt
Herr Steffen Pfrogner	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Holger Reinhard Rohde	Freie Demokraten	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Dr. Ursula Zufelde	Seniorenbeirat	entschuldigt
-------------------------	----------------	--------------

Gäste

Herr Erik Wolfram	(Fachbereich Stadtplanung) zu TOP 3.1, 3.2, 3.3, 3.9, 4
Frau Yvonne Stolzmann	(Fachbereich Stadtplanung) zu TOP 3.3
Frau Elke Kolesnyk	(Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) zu TOP 3.7
Frau Diana Waberski	(Fachbereich Stadtplanung) zu TOP 3.10, 3.11
Herr Stefan Frerichs	(Wirtschaftsförderung) zu TOP 3.12

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft, Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 07.02.2023
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 177 "Am Wiesenrand/Am Lehnitzsee/Am Rehweg/Heinrich-Heine-Weg" (OT Neu Fahrland) der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/1234
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(2. Lesung)
- 3.2 Beschluss über den Masterplan Schlaatz und zur Fortführung des Bebauungsplans Nr. 138 "Am Schlaatz"
Vorlage: 22/SVV/1235
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(2. Lesung)
- 3.3 Innenstadt – Straßenräume neu denken!
Vorlage: 23/SVV/0060
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(2. Lesung)
- 3.4 Behinderten- und radfahrerfreundlicher glatter Belag im Stadtzentrum
Vorlage: 22/SVV/0740
Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE
(Wiedervorlage)
- 3.5 Umsetzung Holzbau-Initiative
Vorlage: 23/SVV/0030
Einreicher: Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
(2. Lesung)
- 3.6 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen
Vorlage: 22/SVV/0940
Einreicher: Fraktion CDU
(Wiedervorlage)
- 3.7 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 22/SVV/0979
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
(Wiedervorlage)
- 3.8 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/1220
Einreicher: Fraktion CDU
(Wiedervorlage)
- 3.9 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen
Vorlage: 23/SVV/0049
Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD
(Wiedervorlage)
- 3.10 Beschluss Rahmenplan Golm 2040
Vorlage: 22/SVV/1236
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(1. Lesung)
- 3.11 Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“ (28/22) Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 22/SVV/1237
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(1. Lesung)

- 3.12 Meinungsbild zum Weihnachtsmarkt
Vorlage: 23/SVV/0050
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.13 Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen!
Vorlage: 23/SVV/0055
Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 4 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

Entsendung zweier Mitglieder des Beteiligungsrates in den SBWL-Ausschuss

Der Beteiligungsrat möchte zwei seiner Mitglieder in den hiesigen Ausschuss mit ständigem Rederecht entsenden.

Die Mitglieder einigen sich darauf, dass jedes gewünschte Rederecht angemeldet und in der Sitzung gesondert abgestimmt werden soll. Das Rederecht beträgt üblicherweise 5 Minuten. Ein grundsätzliches Rederecht lehnen die Mitglieder ab. Die Rederechte beschränken sich auf die Einhaltung von Prozessen, inhaltliche Aussagen sind nicht zulässig.

Abstimmungsergebnis: 5:0:1.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 07.02.2023

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 7.2.2023 gibt es keine Hinweise.

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- der Tagesordnungspunkt (TOP) 3.5 Umsetzung Holzbau-Initiative wird bis nach der geplanten Fachtagung zurückgestellt

- der TOP 3.6 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen wird bis nach der Vorstellung des Bauhaus der Erde im hiesigen Ausschuss zurückgestellt
- den TOP 3.12 Meinungsbild zum Weihnachtsmarkt bittet die Verwaltung vorzuziehen, damit der Vertreter der Verwaltung (Herr Frerichs) nicht wieder so lange warten muss
- den TOP 3.10 Rahmenplan Golm und 3.11 FNP-Änderung Golm Nord bittet die Verwaltung gemeinsam zu behandeln
→ die 2. Lesungen erfolgen am 18.4.2023, um die Behandlung aller anderen Ausschüsse und Ortsbeiräte abzuwarten
- Frau Dr. Günther bittet den TOP 3.13 Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen! zurückzustellen bis der Antrag nochmals in der Fraktion beraten werden konnte; sie signalisiert, wann der Antrag wieder auf die Tagesordnung aufgenommen werden kann

Themen unter Sonstiges:

- Information zu Integrierter Stadtentwicklung durch Wohnraumförderung Krampnitz – „Bergviertel“
- Information zur Werkstatt Medienstadt
- Frau Dr. Günther bittet um eine Information zum Ablauf der Vorstellung des Bauhaus der Erde im SBWL-Ausschuss

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 177 "Am Wiesenrand/Am Lehnitzsee/Am Rehweg/Heinrich-Heine-Weg" (OT Neu Fahrland) der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 22/SVV/1234

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Frau Dr. Klockow begründet die Ablehnung der Vorlage im Ortsbeirat Neu Fahrland. Die für das gesamte Areal vorgesehene Veränderungssperre kann nicht nachvollzogen werden. Betroffene Anwohner, die etwas ändern wollten, seien dann auf das Wohlwollen der Verwaltung angewiesen.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) geht auf die Kritik von Frau Dr. Klockow und weitere Anmerkungen und Nachfragen der Mitglieder ein. So streng wie Frau Dr. Klockow die Vorlage sieht ist sie von der Verwaltung nicht vorgesehen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 177 „Am Wiesenrand/Am Lehnitzsee/Am Rehweg/Heinrich-Heine-Weg“ (OT Neu Fahrland) gemäß § 14 BauGB beschlossen (gemäß Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3.12 Meinungsbild zum Weihnachtsmarkt

Vorlage: 23/SVV/0050

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Er weist auf die Umfrage „Leben in Potsdam“ hin, in der die gewünschte Umfrage enthalten sei. Die Ergebnisse können gerne im hiesigen Ausschuss vorgestellt werden. Sie liegen voraussichtlich nach der Sommerpause vor.

Frau Hüneke stellt den Antrag für den Antragsteller zurück bis die Ergebnisse der Umfrage vorliegen. Der Antrag wird in Verbindung mit der Vorstellung der Umfrageergebnisse nach der Sommerpause wieder aufgerufen.

zu 3.2 Beschluss über den Masterplan Schlaatz und zur Fortführung des Bebauungsplans Nr. 138 "Am Schlaatz"

Vorlage: 22/SVV/1235

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Frau Hüneke und Herr Tomczak erkundigen sich nach bestehenden Baumbeständen bzw. einem Grünzug im südlichen Bereich.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) informiert, dass beide Bereiche im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens noch einmal geprüft werden.

Herr Said kritisiert die geplante Einschränkung des Autoverkehrs, wozu er einen Änderungsantrag seiner Fraktion ankündigt.

Herr Dr. Niekisch erkundigt sich nach einer sozialen Durchmischung.

Herr Wolfram bekundet, dass eine soziale Durchmischung Ziel des Masterplans sei.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Masterplan Schlaatz ist als Planungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Wohngebiets am Schlaatz und als Grundlage für die Fortführung des Bebauungsplans Nr. 138 „Am Schlaatz“ sowie für die Umsetzung der darin empfohlenen Realisierungsmaßnahmen zu verwenden (gemäß Anlage 2).
2. Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan Nr. 138 „Am Schlaatz“ ist in seinem räumlichen Geltungsbereich um den Geltungsbereich des ebenfalls in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 150 „Am Bisamkiez“ sowie um die Käthe-Kollwitz-Siedlung zu erweitern (s. Anlage 4). Die Planungsziele dieses Bebauungsplans sind anhand der konkreten Ziele aus dem Masterplan Schlaatz zu aktualisieren (siehe Anlage 3 und Masterplan Anlage 2).
3. Der gemäß Beschlussposition 2 zu erweiternde Bebauungsplan soll im Regelverfahren weitergeführt werden. Als nächster Verfahrensschritt soll die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) durchgeführt werden. Die öffentliche Auslegung ist durch einen Beteiligungs- und Mitwirkungsprozess im Schlaatz zu begleiten.
4. Für die im Rahmen der Umsetzung des Masterplans Schlaatz möglichen ergänzenden Wohnungsneubauten, insbesondere des geförderten Wohnungsneubaus, soll die Landeshauptstadt ihre Möglichkeiten zur vorrangigen und unentgeltlichen Übertragung von Rand- und Splitterflächen an die ProPotsdam und die Genossenschaften ausschöpfen. Gleichzeitig sollen Abstimmungen mit den Wohnungsunternehmen geführt werden, dass notwendige Rand- und Splitterflächen, welche für soziale Infrastruktur, öffentliche Freiflächen oder Verkehrsflächen und nicht für Wohnungsbau oder Gewerbe benötigt werden, im Gegenzug an die Landeshauptstadt übertragen werden, ggf. durch den Tausch von Flächen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.3 Innenstadt – Straßenräume neu denken!

Vorlage: 23/SVV/0060

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Herr Tomczak teilt mit, dass in seiner Fraktion noch einige Diskussionen zur Vorlage nicht abgeschlossen seien. Diese werden zur Stadtverordnetenversammlung aufgearbeitet.

Frau Hüneke stellt den Ergänzungsantrag, „Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes ist jährlich zu den Baumaßnahmen zu berichten.“

Herr Rubelt schlägt vor, diese Berichterstattung im Rahmen der Vorstellung der Radverkehrsmaßnahmen im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorzunehmen.

Frau Hüneke zieht eine gesonderte Berichterstattung im hiesigen Ausschuss vor. Es ginge hier nicht nur um den Radverkehr, das Thema sei komplexer.

Der Vorsitzende stellt die ergänzte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken! Konzeptionelle Ansätze für Umnutzungen von Straßenräumen“ bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns, um sich dem Ziel einer autofreien Innenstadt in der Landeshauptstadt Potsdam schrittweise anzunähern.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes ist jährlich zu den Baumaßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 3.4 Behinderten- und radfahrerfreundlicher glatter Belag im Stadtzentrum
Vorlage: 22/SVV/0740

Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE
(Wiedervorlage)

Frau Reimers bringt die neue Fassung, die von der Fraktion Sozial.DIE LINKE mitgetragen wird, ein:

„Die Übergänge/Querungen an den jeweiligen Kreuzungen (Dortu- und Lindenstraße mit der Hegelallee, Gutenbergstraße und Lindenstraße) sind entsprechend des Pilotverfahrens in der Brandenburger Vorstadt zu gestalten und dabei vorrangig Pflasterstreifen in gebundener Bauweise mit geschnittenem Pflaster mit der empfohlenen Griffigkeit von min. SRT 40, für sehgeschwache und Blinde erkennbar, zu verwenden.“

Herr Rubelt weist darauf hin, dass die neue Fassung der Fachverwaltung noch nicht vorliegt. Deswegen könne er hierzu heute noch keine fundierte Einschätzung vornehmen. Die Behandlung im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität solle daher abgewartet werden.

Frau Reimers weist darauf hin, dass die im Antrag geforderte Methode, dass System ist, was in Potsdam angewendet wird. Daher könne auch jetzt über den Antrag abgestimmt werden.

Dr. Niekisch erklärt, dass er wegen des Missverhältnisses zu den wesentlich schlechteren Straßenzuständen in den Vorstädten dem Antrag nicht zustimmen werde.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Die Übergänge/Querungen an den jeweiligen Kreuzungen (Dortu- und Lindenstraße mit der Hegelallee, Gutenbergstraße und Lindenstraße) sind entsprechend des Pilotverfahrens in der Brandenburger Vorstadt zu gestalten und dabei vorrangig Pflasterstreifen in gebundener Bauweise mit geschnittenem Pflaster mit der empfohlenen Griffigkeit von min. SRT 40, für sehgeschwache und Blinde erkennbar, zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 3.5 Umsetzung Holzbau-Initiative

Vorlage: 23/SVV/0030

Einreicher: Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
(2. Lesung)

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis die hierzu geplante Fachtagung stattgefunden hat (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.6 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen

Vorlage: 22/SVV/0940

Einreicher: Fraktion CDU
(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis die vorgesehene Vorstellung der Vereinigung Bauhaus der Erde im hiesigen Ausschuss erfolgt ist (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.7 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Vorlage: 22/SVV/0979

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
(Wiedervorlage)

Herr Tomczak erinnert an die neue Fassung des Antrages vom 13.12.2022:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein stadtweites Kataster für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erstellen oder erstellen zu lassen. Die ins Kataster aufgenommenen Maßnahmen sollen in den kommenden Jahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und den damit verbundenen städtebaulichen Verträgen, bei der Anwendung der Baumschutzverordnung und bei der Festsetzung naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aus anderen Rechtsbereichen prioritär beauftragt und bearbeitet werden.

Das Kataster soll die Projekte nach den herausragenden Qualitäten differenzieren. Zu diesen gehören unter anderem

1. die Herstellung naturnaher Landschaften und Biotope
2. die Verbesserung und Erhöhung der Biodiversität
3. die Entsiegelung von Flächen
4. die Renaturierung ehemals gewerblich genutzter Flächen
5. die Erhöhung der Niederschlagsmenge, die versickert oder aufgefangen und genutzt wird.

Bei der Erstellung der Prioritäten werden die anerkannten Naturschutzverbände eingebunden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Kosten im Haushaltsentwurf 2023/24 einzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Sachstand zu unterrichten.“

Nach der erneuten Einlassung von Frau Kolesnyk (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) streicht Herr Tomczak die Worte, „bei der Anwendung der Baumschutzverordnung und“ aus dem ersten Absatz.

Herr Rubelt betont wiederholt, dass ein Beschluss für ein solches Kataster bereits vorliegt, die Verwaltung jedoch immer noch nicht über die nötigen personellen wie finanziellen Mittel verfügt, um diese Forderung zu erfüllen.

Herr Selwig plädiert dafür, auf andere Städte zu gucken und von bestehenden erfolgreichen Systemen zu lernen.

Frau Hüneke unterbreitet den Vorschlag, das Thema in den Haushaltsberatungen zu behandeln, wo es richtigerweise hingehöre.

Herr Tomczak möchte den Antrag abstimmen lassen.

Der Vorsitzende stellt die geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein stadtweites Kataster für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erstellen oder erstellen zu lassen. Die ins Kataster aufgenommenen Maßnahmen sollen in den kommenden Jahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und den damit verbundenen städtebaulichen Verträgen, ~~bei der Anwendung der Baumschutzverordnung~~ und bei der Festsetzung naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aus anderen Rechtsbereichen prioritär beauftragt und bearbeitet werden.

Das Kataster soll die Projekte nach den herausragenden Qualitäten differenzieren. Zu diesen gehören unter anderem

- 1. die Herstellung naturnaher Landschaften und Biotope**
- 2. die Verbesserung und Erhöhung der Biodiversität**
- 3. die Entsiegelung von Flächen**
- 4. die Renaturierung ehemals gewerblich genutzter Flächen**
- 5. die Erhöhung der Niederschlagsmenge, die versickert oder aufgefangen und genutzt wird.**

Bei der Erstellung der Prioritäten werden die anerkannten Naturschutzverbände eingebunden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Kosten im Haushaltsentwurf 2023/24 einzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	2

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.8 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam**Vorlage: 22/SVV/1220**

Einreicher: Fraktion CDU
(Wiedervorlage)

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

1. Ob im Potsdamer Norden - einschließlich der Ortsteile und unter Berücksichtigung der Entwicklung von Krampnitz - in absehbarer Zeit bzw. schon jetzt Bedarf an einem Schwimmbad, vorzugsweise einem Hallenbad besteht,
2. welche Standorte zur Realisierung geeignet wären, zur Verfügung stehen bzw. verfügbar gemacht werden können,
3. welche Modelle zur Realisierung denkbar sind, wobei die verschiedenen Öffentlich-Privaten-Partnerschafts-Modelle (ÖPP) sowie die Nutzung oder Mitnutzung privater Immobilien und Flächen mitbetrachtet werden soll.

Das Ergebnis bzw. der Stand der Prüfungen ist bis Oktober 2023 im Ausschuss für Bildung und Sport vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.9 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen**Vorlage: 23/SVV/0049**

Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD
(Wiedervorlage)

Herr Heuer bringt die folgende neue Fassung ein:

„Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Die Finanzierung der notwendigen Planungskosten des Kiez-Schwimmbads Nord wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Mit dem Ende der ersten Ausbaustufe Krampnitz soll die Umsetzung realisiert werden, wobei mit der dafür notwendigen Planung rechtzeitig davor zu beginnen ist. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ hinsichtlich der Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 2. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zu geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie ein Strand- oder Freibad zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.“

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) nimmt für die Verwaltung nochmals Stellung. Zum Zeitplan informiert er, dass die Zuordnung für die 2. Entwicklungsstufe vorgesehen ist.

Herr Heuer ändert das Datum für die Berichtserstattung auf das 3. Quartal und betrachtet es als Zwischenbericht zur Planarbeit.

Herr Heinzel erinnert, dass das Bad nicht nur in Verbindung mit Krampnitz betrachtet werden könne. Es ist ebenso entscheidend für die Bereiche Sport, Freizeit und Schulen im Norden.

Der Vorsitzende stellt die geänderte neue Fassung Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Die Finanzierung der notwendigen Planungskosten des Kiez-Schwimmbads

Nord wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Mit dem Ende der ersten Ausbaustufe Krampnitz soll die Umsetzung realisiert werden, wobei mit der dafür notwendigen Planung rechtzeitig davor zu beginnen ist. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ hinsichtlich der Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 23. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zum geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie Planungsstand eines Strand- oder Freibades zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 3.10 Beschluss Rahmenplan Golm 2040

Vorlage: 22/SVV/1236

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(1. Lesung)

Die Tagesordnungspunkte 3.10 und 3.11 werden gemeinsam behandelt.

Frau Waberski (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlagen anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, ein.

Die Mitglieder erkundigen sich unter anderem nach der Entwässerung. Einige bemängeln eine zu hohe Konzentration auf Golm als Wissenschaftsstandort und die Vernachlässigung der Anwohnerschaft. Andere sprechen sich für die Vorlagen aus.

Herr Tomczak kritisiert den Eingriff in den Grünzug im Norden als zu massiv. Er und Herr Jäkel sehen den Übergang ins Grün nicht gelungen.

Herr Selwig plädiert dafür, die Planung mit den ansässigen Forschungsgebieten zu verbinden.

Herr Dr. Niekisch bemerkt, dass ihm bereits dieser Entwurf wie eine abstrakte Satellitenstadt ohne Bezug zum ländlichen Raum erscheine.

Herr Brinkkötter (Fachbereich Stadtplanung), Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) und Herr Rubelt gehen ausführlich auf die Nachfragen und Anmerkungen der Mitglieder ein.

Herr Heuer erinnert, dass mit der vorhandenen Fläche effizient umgegangen werden muss. Wichtig sei die wohnenswerte Entwicklung der Fläche.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung. Die 2. Lesung erfolgt in der Sitzung am 18.4.2023, um alle anderen Ausschüsse und Ortsbeiräte abzuwarten.

zu 3.11 Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“ (28/22)

Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 22/SVV/1237

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(1. Lesung)

Die Tagesordnungspunkte 3.10 und 3.11 werden gemeinsam behandelt. Debatte siehe Tagesordnungspunkt 3.10.

Die 2. Lesung erfolgt in der Sitzung am 18.4.2023, um alle anderen Ausschüsse und Ortsbeiräte abzuwarten.

zu 3.13 Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen!

Vorlage: 23/SVV/0055

Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis er nochmals in der antragstellenden Fraktion beraten werden konnte (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4 Sonstiges

Umgang mit der Thematik Holzbau-Initiative

Die Mitglieder einigen sich auf eine gesonderte Fachtagung zu u.a. den Themen Waldschutz und Ressourcen (außerhalb des SBWL). Diese wird über das Büro des Oberbürgermeisters organisiert und findet voraussichtlich im Herbst 2023 statt.

Die entsprechende Vorlage Umsetzung Holzbau-Initiative wird wieder aufgerufen, wenn die o.g. Fachtagung stattgefunden hat.

Die Vereinigung Bauhaus der Erde stellt sich in der Sitzung des SBWL am 18.4.2023 vor. Zu dem ca. 30minütigen Tagesordnungspunkt sollen jeweils ein Mitglied pro Fraktion aus dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität dazu geladen werden, um eine Doppelung in den Ausschüssen zu vermeiden.

Der Antrag Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen, DS 22/SVV/0940 wird nach der Vorstellung des Bauhaus der Erde (voraussichtlich im Mai) wieder auf die Tagesordnung genommen.

Information zu Integrierter Stadtentwicklung durch Wohnraumförderung Kramnitz – „Bergviertel“

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) informiert, dass ein Teil von Kramnitz (Bergviertel) vom Landesamt für Bauen und Verkehr zur Förderkulisse (Gebietskulisse Wohnraumförderung) erklärt worden sei.

Information zur Werkstatt Medienstadt

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) informiert, dass die KW Development noch keinen Termin zur 3. Werkstatt anbieten kann. Zunächst sollen die letzten beiden Werkstätten ausgewertet und ggf. das Vorgehen noch einmal angepasst werden.